

Sprechnotiz

Nein zur Volksinitiative „Für eine faire Verkehrsfinanzierung“ (Milchkuh-Initiative)

Medienkonferenz vom 11. April 2016, Bern, Haus der Kantone
Staatsrat Jean-Michel Cina (VS), Präsident KdK

Sehr geehrte Damen und Herren

Sämtliche 26 Kantonsregierungen haben sich im Rahmen der KdK dezidiert gegen die Volksinitiative „Für eine faire Verkehrsfinanzierung“, die sogenannte Milchkuh-Initiative, ausgesprochen. Aus Sicht der Kantone ist die Milchkuh-Initiative ein Nullsummenspiel: Die zusätzlichen Mittel für die Strassen würden bei Kernaufgaben von Bund und Kantonen fehlen. Die Initiative ist also eine reine Umverteilungsübung. Hingegen bietet der Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds NAF, wie er vom Ständerat bereits beschlossen ist, eine ganz konkrete Lösung für die künftige Strassenfinanzierung, und dies ohne Kollateralschäden für Bund und Kantone.

Die von der Initiative geforderte 100-prozentige Zweckbindung der Mineralölsteuer für die Strasse schlägt ein Milliardenloch in den Bundeshaushalt. Die Schuldenbremse zwingt den Bundesrat, diesen Verlust rasch zu kompensieren. Im heutigen Umfeld ist es unrealistisch, die Steuern zu erhöhen. Die Folge davon ist ein weiteres Sparprogramm in Milliardenhöhe. Weil die Initiative bereits am Tag der Abstimmung in Kraft tritt, müssten die Sparmassnahmen rasch greifen. Deshalb werden eigentlich nur Kürzungen bei den nicht gesetzlich gebundenen Ausgaben in Frage kommen. Betroffen wären vor allem die Bildung und Forschung, die Landesverteidigung, die Landwirtschaft und der öffentliche Verkehr.

Das unausweichliche Sparprogramm des Bundes würde auch die Kantone treffen. Gemäss Angaben der eidgenössischen Finanzverwaltung müssten die Kantone mit Kürzungen von Bundesgeldern in der Höhe von jährlich 190 Millionen Franken rechnen. Betroffen wären der Bildungs- und Forschungsbereich (125 Millionen), der regionale Personenverkehr (40 Millionen) und der Umweltbereich (25 Millionen). Der Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) und der Präsident der Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz (BPUK) werden sich dazu noch äussern.

Angesichts des schwierigen finanzpolitischen Umfelds, werden die Kantone die ausfallenden Bundesmittel nicht kompensieren können. Der Präsident der Finanzdirektorenkonferenz wird dies noch näher darlegen. Damit wäre ein Leistungsabbau in den erwähnten Bereichen praktisch vorprogrammiert und die Randregionen wären besonders hart betroffen. So liegt beispielsweise bei den Kantonen UR, OW, GL, AI, GR und JU der Bundesanteil an der Abgeltung des regionalen Personenverkehrs bei über 70%. Aber auch die Kürzungen der Bundesgelder in der Landwirtschaft würden vor allem die Randregionen und Berggebiete massiv spüren, deren wirtschaftliche Perspektive ohnehin bereits schwierig sind.

Die Kantone unterstützen den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds NAF. Die sich aufgrund des sinkenden Treibstoffverbrauchs abzeichnende Finanzierungslücke kann durch die im NAF vorgesehenen Massnahmen aufgefangen werden. Der vom Ständerat beschlossene NAF sieht u.a. eine angemessene Erhöhung der Zweckbindung der Mineralölsteuer von 50 auf 60 Prozent vor. Zudem sind die Kantone bereit, jährlich 60 Millionen Franken an die Finanzierung des Netzbeschlusses beizutragen. Mit dem Netzbeschluss sollen 400 Kilometer Kantonsstrassen ins Nationalstrassennetz übergehen.

Ja zum NAF, Nein zur Milchkuh-Initiative (Fazit nach den Ausführungen der Präsiden FDK, EDK, BPUK)

- Mit dem NAF erhält die Strasse eine massvolle und langfristig gesicherte Finanzierung. Demgegenüber schießt die Milchkuh-Initiative über das Ziel hinaus und richtet grossen Schaden bei den Finanzen von Bund und Kantonen an.
- Die Initiative ist eine reine Umverteilungsübung: Die zusätzlichen Strassengelder gingen auf Kosten von Bildung, Sicherheit, Landwirtschaft und öffentlichem Verkehr. Der unvermeidliche Leistungsabbau in diesen Bereichen würde viele Menschen in unserem Land direkt treffen.